

21/1995

Solidarität im Bündnis

Antrag der Bundesregierung

an den deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Der Deutsche Bundestag stimmt dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte entsprechend dem von der Bundesregierung am 26. Juni 1995 beschlossenen deutschen Beitrag zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbands zu, der den VN-

Deutsche Beteiligung an den Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbands im früheren Jugoslawien einschließlich der Unterstützung eines eventuellen Abzugs der VN-Friedenstruppen

Friedenstruppen im ehemaligen Jugoslawien die Erfüllung ihres Mandats ermöglichen soll. Der genannte Beitrag, ergänzt um Seestreitkräfte und weiteres Personal für internationale Hauptquartiere, steht ebenfalls für eine NATO-Operation zur Unterstützung eines eventuellen Abzugs zur Verfügung.

Begründung

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat mit Resolution 998 vom 16. Juni 1995 die Aufstellung eines

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Frankfurt/Main

Bundeskanzler Helmut Kohl: Ein großartiger Erfolg für Petra Roth. CDU gegen Rot-Grün mehrheitsfähig. Seite 7

● Sozialdemokraten

In der Existenzkrise und ohne Identität. Seite 8

● Umweltpolitik

Sommer-Smog wirksam bekämpfen. Seite 10

● Erfahrungsbericht

Bundesinnenminister Manfred Kanther: Die Neuregelung des Asylrechts hat sich bewährt. Seite 12

● Tierschutz

Tiertransporte grundsätzlich auf höchstens acht Stunden begrenzt. Seite 17

● Recht

Reinhard Göhner: Perspektiven für ein Leben mit dem Kind. Seite 18

● Dokumentation

Europäische Union. Zwei Diskussionsbeiträge des Geschäftsführenden Vorstands der CDU/CSU zur Regierungskonferenz 1996. Grüner Teil

CDU als erste Partei mit dem neuen Medium

CD-ROM

Multimedia-CD-ROM „50 Jahre CDU“

Diese Multimedia-CD-ROM zeigt auf ca. 300 Bildschirmseiten mit annähernd 500 Fotos, mit mehr als 50 Videos sowie mit 35 Original-Tönen das lebendige Bild unserer CDU sowie die politische und gesellschaftliche Entwicklung von 1945 bis 1995. In drei Teilen bildet die CD-ROM eine selbstablaufende Präsentation, eine historische Dokumentation der Geschichte der CDU, ihrer Politik und von 50 Jahren Zeitgeschehen sowie ein CDU-Lexikon, das u. a. die wichtigsten Programme aus 50 Jahren enthält.

Systemvoraussetzungen:
Multimediafähiger PC mit einem 486er Prozessor und mindestens 8 MB Arbeitsspeicher;
MS-DOS 6.x/Windows 3.1x;
VGA-Karte (640x480 bei 64 000 Farben);
Windows-kompatible Soundkarte;
Double spin CD-ROM-Laufwerk.

Auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus hat Generalsekretär Peter Hintze am 26. Juni eine für die CDU aufsehenerregende Premiere gegeben: Mit einer ausführlichen Demonstration der unendlich vielen Darstellungsmöglichkeiten, die auf einer kleinen Metallscheibe untergebracht sind, überzeugte er die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen von der Modernität, technologischen Aufgeschlossenheit und Kreativität einer Partei, die gerade eben fünfzig Jahre alt geworden ist.

Die CD-ROM ist in unserem

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

zu bestellen:

Bestell-Nr.: **9058**
Verpackungseinheit: 1 Exemplar
Preis je Exemplar:

20,- DM

zuzügl. MwSt. und Versand

Zu einem sensationell

niedrigen Preis

Solidarität im Bündnis

(Fortsetzung von Seite 1)

schnellen Einsatzverbands begrüßt, der den VN-Friedenstruppen im früheren Jugoslawien die Ausübung eines Mandates ermöglichen soll. Der VN-Sicherheitsrat hat dazu die genehmigte Höchststärke für die VN-Friedenstruppen (UNPF) um 12.500 auf 57.370 Personen erhöht.

Mit dieser Entscheidung ist der Sicherheitsrat einer Empfehlung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom 9. Juni 1995 gefolgt und hat damit folgende Aufgaben für den schnellen Einsatzverband festgelegt:

- Notfallhilfe für isolierte oder bedrohte Einheiten der Vereinten Nationen
- Unterstützung bei der Umgruppierung von UNPROFOR-Elementen
- Erleichterung der Bewegungsfreiheit, wo erforderlich.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat gegenüber dem Sicherheitsrat zum Ausdruck gebracht, daß der schnelle Einsatzverband dem Befehlshaber der VN-Friedenstruppen in Bosnien-Herzegowina gut bewaffnete und bewegliche Truppen an die Hand gibt, mit denen er schnell auf Bedrohung von VN-Personal reagieren kann; der schnelle Einsatzverband würde damit das Risiko mindern, daß wegen zunehmender Opfer und Schikanierungen der Truppensteller und der Sicherheitsrat einen Abzug ins Auge fassen.

Übereinstimmung erzielt

Die Initiative für den schnellen Einsatzverband ist das Resultat der Konferenz der Verteidigungsminister der Europäischen Union und Nordamerikas in Paris am 3. Juni 1995. Dort wurde Übereinstimmung erzielt, daß angesichts sich intensi-

vierender Kämpfe und der zunehmenden persönlichen Gefährdung der Blauhelm-Soldaten in der Republik Bosnien-Herzegowina eine militärische Verstärkung notwendig ist, um das Bleiben der VN-Friedenstruppen zu ermöglichen und ihnen die Chance zu geben, ihr Mandat auszuführen. Die Initiatoren des schnellen Einsatzverbands, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande, haben auf der Konferenz ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß die übrigen Teilnehmerstaaten Beiträge zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbands leisten.

Die Verteidigungsminister der NATO unterstützten in ihrer Frühjahrstagung am 8./9. Juni 1995 die Pariser Initiative und begrüßten die Aufstellung eines multinationalen Einsatzverbands. Sie machten ihre Entschlossenheit deutlich, Luftstreitkräfte zur Verfügung zu stellen, um im Rahmen bestehender Vereinbarungen zu helfen, die VN-Friedenstruppen zu schützen.

Schutz und Unterstützung

Mit Resolution 998 vom 16. Juni 1995 wird der Generalsekretär der Vereinten Nationen autorisiert, die Beschlüsse zur Aufstellung eines schnellen Einsatzverbands zu implementieren. Mit Resolution 982 vom 31. März 1995 hatte der Sicherheitsrat die Mitgliedstaaten schon aufgefordert, auf Forderungen des Generalsekretärs zur Unterstützung der VN-Friedenstruppen bei der Erfüllung ihres Mandats positiv zu reagieren. Damit bilden beide Resolutionen den Rahmen, in den sich auch ein deutscher Beitrag zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbands einfügen wird. ►

Die Bundesregierung mißt der Tätigkeit der VN-Friedenstruppen im früheren Jugoslawien hohe politische und humanitäre Bedeutung zu. Sie ist sich mit ihren internationalen Partnern einig, daß ein Abzug der VN-Friedenstruppen unbedingt vermieden werden muß, um dem Friedensprozeß eine Chance zu geben.

Aus Bündnissolidarität

Die erhöhten Anstrengungen unserer Bündnispartner Frankreich, Großbritannien und der Niederlande bei der Unterstützung der VN-Mission im früheren Jugoslawien erfordern vor diesem Hintergrund und aus Gründen der Bündnissolidarität auch von der Bundesrepublik Deutschland Beiträge, die über das bisher Geleistete hinausgehen. Dazu hat die Bundesregierung am 26. Juni 1995 beschlossen:

- 1.** Das Bundeskabinett beschließt, zum Schutz und zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbands im früheren Jugoslawien durch folgende Maßnahmen beizutragen:
 - a) Bereitstellung von Lufttransportkräften zur Unterstützung der Versorgung der VN-Friedenstruppen außerhalb Bosnien-Herzegowinas.
 - b) Entsendung von Sanitätskräften zum Betrieb eines deutsch-französischen Feldlazarets in der Republik Kroatien zur sanitätsdienstlichen Versorgung der VN-Friedenstruppen (einschließlich einer lageabhängigen Sicherungskomponente).
 - c) Entsendung zusätzlichen Personals für die internationalen Hauptquartiere in Italien und Kroatien.
 - d) Schutz und Unterstützung der im NATO-Rahmen durchgeführten Luftnahunterstützung zum Schutz des schnellen Einsatzverbands bei seinen Operationen für die VN-Friedenstruppen durch ECR-, Aufklärungs-Tornado der Luftwaffe und Flug-

zeuge Brequet Atlantique der Marine für elektronische Aufklärung.

- 2.** Sollte ein Abzug der VN-Friedenstruppen aus der Republik Bosnien und Herzegowina und/oder aus der Republik Kroatien unumgänglich werden, stehen für eine NATO-Operation zur Unterstützung eines solchen Abzugs zusätzlich zu den unter (1.) genannten Beiträgen Seestreitkräfte (Minenabwehrverband, Schnellbootverband) sowie deutsche Soldaten in internationalen Hauptquartieren, insbesondere im Hauptquartier des Schnellen Reaktionskorps der NATO, bereit.

- 3.** Bei dem Einsatz deutscher Kräfte zur Unterstützung des schnellen Einsatzverbands im früheren Jugoslawien einschließlich möglicher Abzugsunterstützung handelt es sich um eine besondere Auslandsverwendung im Sinne § 58 a des Bundesbesoldungsgesetzes.

- 4.** Das Auswärtige Amt wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Verteidigung den Generalsekretär der Vereinten Nationen über die Bereitschaft der Bundesregierung zu unterrichten, die unter (1) a) bis c) genannten Leistungen zur Unterstützung der VN-Truppen im ehemaligen Jugoslawien zu erbringen, und ggf. im Hinblick auf die Sanitätskomponente eine die näheren Einzelheiten regelnde Vereinbarung mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen abzuschließen.

Das Bundesministerium der Verteidigung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt der NATO die Bereitstellung der unter (1) d) und (2) genannten Kräfte anzuzeigen.

- 5.** Vor einem Einsatz der unter (1) und (2) genannten Bundeswehrkontingente wird die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages eingeholt.

Kommentare: . . . weit über Hessen hinaus

Frankfurter Beispiel

Oberbürgermeisterwahlen sind immer Persönlichkeitswahlen. So darf die neue Frankfurter Oberbürgermeisterin ihren Erfolg in hohem Maße sich selbst zurechnen. Durch ihren couragierten Wahlkampf hat die scheinbar chancenlose Petra Roth die Wähler dafür gewonnen, in der hochverschuldeten Stadt über Parteigrenzen hinweg einen neuen Anfang zu wagen. Dem in der eigenen Partei umstrittenen früheren Oberbürgermeister von Schoeler scheint dies nur eine Minderheit zuzutrauen.

Der klare Sieg wäre aber nicht möglich gewesen, wenn die SPD durch ihren grün-roten Kurs nicht die eigene Wählerschaft in den vergangenen sechs Jahren zuerst irritiert und später dann abgeschreckt hätte. Mit einer Politik, die in erster Linie soziale und kulturelle Minderheiten zu befriedigen suchte, sind die Sozialdemokraten in ihrer einstigen Hochburg am Main auf 30 Prozent abgesackt, während die Grünen sich zielstrebig auf 20 Prozent zubewegen. Wie schwach die SPD geworden ist, zeigt sich daran, daß die Grünen auf einen eigenen Kandidaten verzichteten, um Schoeler im ersten Wahlgang ein blambles Ergebnis zu ersparen. Als vom Junior-Partner ausgehaltener Kandidat war er einem Teil der sozialdemokratischen Stammwähler jedoch nicht zu vermitteln. Sie blieben zu Hause oder stimmten für Roth.

Das Frankfurter Ergebnis wirkt – wie schon 1977 der überraschende Erfolg Wallmanns – weit über Hessen hinaus. Der damalige Wahlsieg hatte die CDU in der ganzen Bundesrepublik beflügelt, sich in den Kommunen nicht länger mit der Rolle des Junior-Partners zufrieden zu geben und zum Sturm auf die damals über-

wiegend roten Rathäuser anzusetzen. Roths Sieg wird der Union ebenfalls Auftrieb geben.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurt wählt Roth

Gerade mal einen Achtungserfolg hatten die Beobachter der am Sonntag direkt gewählten christdemokratischen Oberbürgermeisterin Petra Roth zugetraut, als sie vor zwei Monaten den Wahlkampf gegen Andreas von Schoeler aufnahm, den übermächtigen Amtsinhaber und Repräsentanten des rot-grünen Bündnisses. Jetzt wird sie an der Spitze der Stadt bis ins nächste Jahrtausend stehen: auf sechs Jahre gewählt, von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Großstadt, die mit Recht als die internationalste in Deutschland gilt.

Und gerade dies muß die Vordenker und Strategen des rot-grünen Projekts schocken. Wo, wenn nicht am Main, wo vor einem Dutzend Jahren aus dem Konflikt um die Startbahn West auf dem Flughafen die erste rot-grüne Landesregierung mit Holger Börner und Joschka Fischer geboren wurde, hat diese Konstellation ihre Berechtigung? In welcher anderen deutschen Stadtregion (von Berlin einmal abgesehen) bündeln sich ähnlich die Probleme um Stichworte wie öffentliche Armut und privaten Reichtum, Kernstadt und Speckgürtel, Ausländeranteil und dahinsiechende Kulturinstitutionen, galoppierende Sozialkosten und unbezahlbare Mieten? Und warum schaute die Republik nach Frankfurt, wo „nur“ eine Oberbürgermeister-Wahl stattfand – doch deshalb, weil deren Signalwirkung weit über den Urnengang hinausreicht.

Frankfurter Rundschau

Generalsekretär Peter Hintze:

Ein Jahr Magdeburger Verhältnisse – Ein Jahr Stillstand

Vor einem Jahr wurde in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Obwohl die CDU aus diesen Wahlen als stärkste Partei hervorging, bildeten SPD und Grüne eine De-facto-Koalition mit der PDS. Die Bilanz dieser Regierung ist nach knapp einem Jahr erschreckend.

Auf allen zentralen Feldern der Politik ist die rot-grüne Regierung gelähmt. Besonders verhängnisvoll ist dieser Stillstand in der Wirtschafts- und Finanzpolitik – mit verheerenden Konsequenzen für den wirtschaftlichen Aufbau dieses Bundeslandes. Fast überall kommt die Wirtschaft in den neuen Bundesländern gut voran. Dies bestätigte kürzlich die Bundesbank während der Tagung des Zentralbankrates in Magdeburg. Sachsen-Anhalt hingegen ver-

zeichnet eine deutlich schwächere Entwicklung. Dies ist das Resultat eines einjährigen politischen Stillstandes: Ein Jahr lang hat die von der PDS tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung wiederholt von sich reden gemacht. Doch leider nur mit Negativschlagzeilen:

- höchste Arbeitslosigkeit im Osten
- 100 Tage verwaistes Wirtschaftsministerium
- über 12.000 fehlende Lehrstellen
- zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung (nach dem SPD-regierten Brandenburg)

Angesichts dieser Bilanz muß alles daran gesetzt werden, bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im Oktober „Magdeburger Verhältnisse“ zu verhindern.

Eindeutige Absage an Rot-Grün

Generalsekretär Peter Hintze zum Wahlsieg von Petra Roth:

Für mich ist dieser Wahlsieg ein großer persönlicher Erfolg von Petra Roth. Sie hat sich in diesem Wahlkampf ungeheuer engagiert. Sie ist als überzeugende Persönlichkeit angetreten und ist gewählt worden.

Für uns ist es auch eine Freude, daß die dritte Politikerin in Hessen ist, die in einer Direktwahl in jüngerer Zeit Oberbürgermeisterin wurde: nach Otti

Geschkas Wahlsieg in Rüsselsheim und Margreth Härtels Wahlsieg in Hanau nun Petra Roths Wahlsieg in Frankfurt. Darüber freuen wir uns.

Dieser Wahlsieg ist ein eindeutiges Wendesignal für Hessen. Die Uhr der Eichel-Regierung läuft ab, das wird sich spätestens bei den nächsten Wahlen zeigen.

Und schließlich: Das Wahlergebnis hat bundespolitische Bedeutung. Es war ein unübersehbare Absage an Rot-Grün.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Großartiger Erfolg für Petra Roth CDU gegen Rot-Grün mehrheitsfähig

Zum Ausgang der Oberbürgermeister-Wahlen in Frankfurt erklärte der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der Wahlsieg von Petra Roth ist ein großartiger Erfolg der CDU-Spitzenkandidatin. Er ist das Ergebnis ihres sozialen Engagements und ihrer unermüdlichen Arbeit für die Interessen der Frankfurter Bürger.

Das Frankfurter Wahlergebnis mit seiner deutlichen Niederlage für den gemeinsamen Kandidaten von SPD und Grünen,

der in seinem Wahlkampf von den Herren Fischer und Scharping massiv unterstützt wurde, ist auch von bundespolitischer Bedeutung. Es belegt, daß die CDU gegen Rot-Grün mehrheitsfähig ist. Bezeichnend dafür ist, daß Frau Roth die beiden Stimmbezirke Höchst und Schwanheim gewann, in denen vorwiegend Arbeitnehmer wohnen.

Der Wahlsieg gelang der CDU in der traditionellen rot-grünen Hochburg Frankfurt, in der das sogenannte „Zukunftsmodell“ seinen Anfang nahm; dort ist es jetzt wieder gescheitert.



FREUDE ÜBER DEN WAHLSIEG: Mit einem überraschend hohen Vorsprung ist Petra Roth am 25. Juni schon im ersten Wahlgang zur Frankfurter Oberbürgermeisterin gewählt worden. Die Landtagsabgeordnete erhielt 51,9 Prozent der abgegebenen Stimmen und ließ damit ihren Konkurrenten, den abgewählten früheren Oberbürgermeister, Andreas von Schoeler, um sechs Prozentpunkte hinter sich.

Foto dpa

SPD in der Existenzkrise

Zwei Jahre ist es her, daß Rudolf Scharping den Bundesvorsitz der SPD übernahm. Jetzt befinden sich die Partei und ihr Vorsitzender in einer dramatischen Krise. Die Presse-Schlagzeilen der vergangenen Tage spiegeln den desolaten Zustand der Sozialdemokraten wider:

„SPD-Führung streitet auf offener Bühne. Letzte Mahnung Scharpings läßt Schröder kalt.“ (Bonner General-Anzeiger, 26.6.95)

„Heftiger SPD-Streit über Bosnien-Einsatz.“ (Stuttgarter Nachrichten, 26.6.95)

„Die SPD isoliert sich“ (Die Welt, 26.6.95)

„Führungsstreit in SPD entbrannt. Schröder und Simonis wehren sich gegen Scharpings ‚letzte Mahnung‘“ (Stuttgarter Zeitung, 26.6.95)

„Zerreißprobe in SPD wegen Tornados für Bosnien. Ex-Minister Leber: Wir dürfen nicht kneifen – Schröder contra Scharping“ (Welt am Sonntag 25.6.95)

„SPD im Angriff gegen sich selber. Selbstmörderischer Streit um Scharping. Rotgrüne Perspektive verschwimmt“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 27.6.95)

„Sticheleien gegen SPD-Chef Scharping. Neue Führungskrise“ (Kölnische Rundschau, 27.6.95)

„Scharping kontra Schröder und Simonis“ (Bild am Sonntag, 25.6.95)

„SPD ohne Identität“ (Frankfurter Rundschau, 27.6.95)

Mit schonungsloser Deutlichkeit benennen prominente Sozialdemokraten die Schwäche ihrer Partei. Hans-Ulrich Klose, ehemals SPD-Fraktionsvorsitzender und nun Vizepräsident des Deutschen Bundes-

tages, stellt in bezug auf den außenpolitischen Isolationskurs der SPD fest:

„Ich erkenne (...) auch hier eine große Bereitschaft, gewünschte Wirklichkeiten an die Stelle der wirklichen Wirklichkeit zu setzen – und auf dieser Basis Außenpolitik zu formulieren.“ (Der Spiegel, 19.6.95)

Friedhelm Farthmann, bis vor kurzem SPD-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag, rechnet mit dem vermeintlichen „Modell Rot-Grün“ ab: „Es gibt nach meiner tiefen Überzeugung für eine angegründete SPD plus Grüne keine Mehrheit. (...) Aber ich gehe noch weiter und sage, der SPD ist ihre gesamte Programmatik aus den Händen gegliitten.“ (Die Woche, 23.6.95)

Ratlosigkeit und Schwäche

Da nimmt es nicht wunder, daß der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Wilhelm Schmidt seine Partei bei fortdauernder Krise „im Bereich der 20-Prozent-Marke“ sieht. (ddp. 26.6.95)

Im Kommentar des Handelsblattes zur Krise der SPD und ihres Vorsitzenden heißt es exemplarisch:

„Die Frage nach der Führungskraft der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzenden ist gestellt. Im Bundesrat tanzen ihm die SPD-Ministerpräsidenten wegen der Steuerergesetze auf der Nase, in der Bundestagsfraktion die Gegner seiner Bosnien-Politik. Wer so wild um sich schlägt wie Rudolf Scharping in diesen Tagen, will Stärke demonstrieren, zeigt aber vor allem Ratlosigkeit und Schwäche.“ (Handelsblatt, 27.6.95)

Auf klarem Kurs

Mister



Zeichnung: Mester

aus: Hannoversche Allgemeine

Rudolf Scharping: „Ich lasse mir nicht mehr bieten, daß einige versuchen, aus der Politik ein Kasperle-Theater zu machen.“ (Bild am Sonntag, 25. 6. 1995)

Heide Simonis: „Seit meinem 21. Lebensjahr verfügt keiner mehr über die Erziehungsgewalt über mich. Also, mir liest keiner die Leviten.“ (ZDF, heute, 24. 6. 1995)

Gerhard Schröder: „Es geht um die Auseinandersetzung um ganz bestimmte steuerpolitische Fragen, um ganz bestimmte wirtschaftspolitische Fragen. Um mehr nicht. Jeder, der daraus was Dramatisches macht, begibt sich auf Abwege.“ (ZDF, heute, 26. 6. 1995)

URLAUB

Tips für Ihre Ferienreise

Mit einer neuen Broschüre unter dem angenehmen klingenden Titel „Urlaub“ möchte die Bundesregierung all denen, die ihre Ferien noch vor sich haben, die Reisevorbereitungen erleichtern und ihnen dabei helfen, sich im Ausland zurecht zu finden. Darüber hinaus enthält die Broschüre viele wichtige und nützliche Informationen. – Die Broschüre kann kostenlos beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bestellt werden:

**Welckerstraße 11
53113 Bonn**

Sommersmog wirksam bekämpfen

Hohe Ozonwerte haben während des vergangenen Sommers immer wieder die Bevölkerung beunruhigt. Tränende Augen und Atembeschwerden bei besonders empfindlichen Personen zeigen uns deutlich, daß wir alles daransetzen müssen, die Ozonbelastung zu verringern.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat deshalb ein Gesetz zur Bekämpfung des Sommersmogs in den Bundestag eingebracht. Damit beweist die CDU Handlungsfähigkeit in einem zentralen Bereich der Umweltpolitik, der Luftreinhaltung im Verkehr. Wir verfolgen hierbei nicht einen blinden Aktionismus wie SPD und Grüne, sondern eine konsequente langfristige Strategie, die das Problem an den Wurzeln packt.

Das Konzept der CDU zur Bekämpfung des Sommersmogs besteht aus zwei Säulen:

1. Mit langfristigen Maßnahmen verringern wir die Vorläufersubstanzen des Sommersmogs wie Stickoxide und Kohlenwasserstoffe. Hierfür wurde bereits ein ganzes Maßnahmenpaket verabschiedet und umgesetzt. Dazu zählt:

- Die Einführung des Drei-Wege-Katalysators bei Pkws, der rund 90 Prozent der Schadstoffemissionen verhindert. Schon jetzt sind mit 18 Millionen rund 53 Prozent der benzinbetriebenen Pkws mit dieser Abgasreinigungstechnik in Deutschland ausgestattet. Ein Spitzenwert in Europa. Darüber hinaus wurden die Abgasnormen für Diesel-Pkws und Lkws seit Mitte der 80er Jahre ebenfalls kontinuierlich verschärft.

- Auch die Kraftstoffqualität wurde in den letzten Jahren deutlich angehoben. Mit einem Anteil des bleifreien Benzins

von 85 Prozent (zum Vergleich Frankreich 34 Prozent) übertreffen wir unsere europäischen Nachbarn bei weitem. Darüber hinaus wollen wir in Zukunft die Einführung benzolarmen Benzins durchsetzen und steuerlich fördern.

- Das CDU-Präsidium hat beschlossen, ab dem 1. Januar 2000 die Neu- oder Wiederzulassung von Autos ohne Katalysator

Bundesumweltministerin Angela Merkel: Ein Fahrverbot für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß ist eine sehr einschneidende Maßnahme. Trotzdem haben sich Koalition und die Bundesregierung hierzu entschlossen. Die Erfahrung aus dem letzten Sommer bestätigt uns darin: Das von SPD und Grünen favorisierte Tempolimit hat praktisch nicht zu einer Senkung von Ozonspitzen beigetragen, ebenso wenig wieder in Heilbronn durchgeführte Versuch mit lokalen Fahrverboten.

zu verwehren. Ziel ist dabei, daß ab dem Jahr 2000 auf unseren Straßen nur noch Autos mit Katalysator fahren.

2. Um kurzfristig in Extremsituationen Abhilfe zur Verminderung des Sommersmogs zu schaffen, haben die CDU-geführte Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf verabschiedet. Er sieht bei einer Ozonkonzen-

tration von 240 Mikrogramm pro Kubikmeter Fahrverbote für nicht schadstoffarme Autos vor. Hierdurch können wir die Ozonbelastung um bis zu 15 Prozent mindern. Die von SPD und Grünen geforderten Tempolimits sind dagegen praktisch wirkungslos. Hinzu kommt, daß ein Tempolimit alle gleich trifft: Diejenigen, die ein schadstoffarmes Fahrzeug fahren, genauso wie diejenigen, die sich dafür bisher nicht entschieden haben. Wir wollen aber möglichst viele Autobesitzer zur Anschaffung eines schadstoffarmen Fahrzeugs motivieren.

Mit dem Ozongesetz unterstreicht die CDU ihre politische Handlungsfähigkeit. Vor allem im Verkehrsbereich sind aktive Maßnahmen zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unerlässlich.

SPD muß ihre Unbeweglichkeit endlich aufgeben

Anläßlich der 2. und 3. Lesung des Ozongesetzes im Deutschen Bundestag erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus Lippold:

Nach der Verabschiedung im Deutschen Bundestag liegt die Verantwortung für das Ozongesetz jetzt beim Bundesrat. Ich hoffe, daß er unserer „Vernunftlösung“ nicht die Zustimmung verweigert. Wenn die SPD wegen des von ihr gewünschten Tempolimits, das anerkanntermaßen kein wirksames Mittel zur Bekämpfung erhöhter Ozonkonzentrationen darstellt, das Gesetz scheitern lassen sollte, wird sie wieder einmal ihre Unfähigkeit zur Lösung umweltpolitischer Probleme unter Beweis gestellt haben.

Auch künftig soll es militärisches Zeremoniell bei Staatsempfängen geben

Beim Empfang ausländischer Staatsgäste soll es auch künftig militärische Ehrenbezeugungen geben. Mit dieser Haltung wandten sich am 21. Juni CDU/CSU und F.D.P. im Petitionsausschuß dagegen, statt eines militärischen Zeremoniells einen „gemischten, multikulturellen und altersunbegrenzten Chor“ singen zu lassen.

Die Koalitionsfraktionen setzten es gegen die Stimmen der Opposition durch, das Verfahren um die Eingabe abzuschließen. Damit scheiterte die SPD mit ihrer Forderung, die Petition, deren Inhalt schon öfter in der Vergangenheit in den Eingaben aufgegriffen worden sei, dem Auswärtigen Amt zur Kenntnis zuzuleiten. Die Petentin, eine Interessengemeinschaft zur Pflege des musischen und gedanklichen

Erbes von John Lennon, hatte erklärt, es entspreche weder dem Zeitgeist noch der demokratischen Grundhaltung, ausländische Staatsgäste mit militärischen Ehren zu empfangen.

Das sah die Ausschlußmehrheit anders. Das Zeremoniell entspreche international geltenden Höflichkeitsformen. Es finde seine Wurzeln gerade nicht in bloßem militärischen Gebaren, sondern vielmehr werden durch das übliche Vorzeigen der Waffen mit leeren Gewehrkammern die Friedfertigkeit und Friedensbereitschaft dokumentiert. Ein Verzicht auf diese im Umgang mit fremden Staatsgästen übliche Höflichkeitsform könnte zudem von dem ausländischen Staatsgast mißverstanden und als mangelnde Achtung empfunden werden.

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Die Neuregelung des Asylrechts

Die Neuregelung des Asylrechts zum 1. Juli 1993 war notwendig und richtig, um die ungesteuerte Zuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts zu beenden und damit auch den inneren Frieden zu bewahren, stellte Bundesinnenminister Manfred Kanther anlässlich der Vorstellung des Asylverfahrensberichtes 1994 fest.

Der mit der Neuregelung des Asylrechts begonnene Rückgang der Zahl der Asylsuchenden hat sich auch 1994 fortgesetzt. Im ersten Jahr nach der Asylrechtsreform verzeichnete das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mit 127.210 gegenüber 438.191 Asylsuchenden im Jahr 1992 einen Rückgang um 71 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der als asylberechtigt anerkannten Ausländer. Waren es 1992 nur 9.189 Personen, so wurden 1994 vom Bundesamt 25.578 Personen als Asylberechtigte anerkannt. Das belegt, daß der Schutz vor politischer Verfolgung weiterhin denjenigen zukommt, die ihn tatsächlich benötigen und daß von einer „Festung“ Deutschland keine Rede sein kann.

Der weltweite Wanderungsdruck auf die westlichen Staaten hat keineswegs abgenommen. Das Interesse vieler Ausländer, insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen einen möglichst langfristigen Aufenthalt in Deutschland zu erlangen, ist gegenüber der Zeit vor der Asylrechtsreform unverändert hoch, da sich die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen weder in Deutschland noch in den Herkunftstaaten wesentlich geändert haben.

Die Anstrengungen von Bund und Län-

dern bei der Umsetzung des Asylkompromisses müssen daher konsequent fortgesetzt werden. Die Bausteine des Asylkompromisses, so z.B. die Drittstaatenregelung, Regelungen über sichere Herkunftstaaten, die sogenannte Flughafenregelung, aber auch die vermehrte Zahl der Abschiebungen und die bisher geschlossenen Rückübernahmeabkommen mit Nachbar- und Herkunftstaaten, haben wesentlich zum Erhalt des inneren Friedens in Deutschland beigetragen. Gleichzeitig mahnte Innenminister Manfred Kanther:

„Dennoch müssen weitere Erfolge in der Verringerung der Zahl unberechtigter Asylbewerber erreicht werden, denn der derzeitige Asylbewerberzugang bewegt sich weiterhin auf einem zu hohen Niveau. Hierbei ist kein Baustein des parteiübergreifenden Asylkompromisses entbehrlich.“

Der Schutz vor politischer Verfolgung kommt weiterhin denjenigen zu, die ihn tatsächlich auch brauchen.

Aus diesem Grunde hat das Bundeskabinett auf Vorschlag von Innenminister Kanther den Beitritt der Bundesregierung zu den beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfassungsbeschwerdenverfahren zum neuen Asylrecht beschlossen. Durch den Beitritt erhält die Bundesregierung formell die Stellung eines selbständigen Verfahrensbeteiligten und kann damit eigene Anträge stellen und eine mündliche

Verhandlung beantragen. Bisher hatte die Bundesregierung von dieser Möglichkeit eines Beitritts zu Verfassungsbeschwerdeverfahren nur in wenigen besonders bedeutsamen Fällen Gebrauch gemacht. Der Bestand des Asylkompromisses ist nach den Worten von Innenminister Kanther für den inneren Frieden in Deutschland, für die Integrationsbereitschaft der Bevölkerung und für die Möglichkeiten Deutschlands, an der Humanisierung des Asylrechts in Europa wirksam mitarbeiten zu können, von elementarer Bedeutung.

Was ein sicherer Drittstaat ist

Zwischenzeitlich haben sich in einer Entschließung die EU-Staaten auf die materiellen Voraussetzungen geeinigt, die an einen sicheren Drittstaat zu stellen sind. Diese Entschließung ist von dem Gedanken getragen, daß Flüchtlinge dann nicht mehr aktuell schutzbedürftig sind, wenn sie nach der Flucht aus ihrer Heimat bereits die Möglichkeit hatten, in einem anderen Staat, der bestimmte Kriterien erfüllt, Schutz vor Verfolgung zu erlangen. Das Prinzip des sicheren Drittstaates wird zur Zeit bereits beispielsweise von Belgien, Dänemark, Frankreich und Großbritannien angewendet. In den Niederlanden ist Anfang Februar dieses Jahres ein Gesetz in Kraft getreten, das sich an der entsprechenden Rechtslage in Deutschland orientiert.

Aus dem Asylverfahrensbericht 1994 geht ferner hervor, daß an den Grenzen zu Polen und der tschechischen Republik die Gesamtzahl der erkannten illegalen Einreisenden signifikant zurückgegangen ist, an der deutsch-tschechischen Grenze von 29.834 (1993) auf 11.321 (1994). Gleichzeitig konnten trotz zunehmender Professionalität der Schlepperorganisationen im vergangenen Jahr 5.279 Eingeschleuste aufgegriffen und 1.788 Täter festgenommen werden. Dabei hat sich in jüngster

Zeit gezeigt, daß durch die Asylrechtsneuregelung keine übermäßige Belastung Polens und der tschechischen Republik eingetreten ist. Rücküberstellte Personen haben in der Regel nur wenig Interesse, dort einen Asylantrag zu stellen. Diesen Personen ist – aus wirtschaftlichen Gründen – ausschließlich an einer Asylantragstellung in Deutschland oder anderen westlichen Ländern gelegen.

Bewährt hat sich der Einsatz des Fingerabdruckidentifizierungssystems AFIS. Während zu Beginn des Einsatzes noch 14 Prozent Mehrfachidentitäten von Asylbewerbern festgestellt werden konnten, liegt der Anteil nun bei rund vier Prozent. Hier zeigt sich deutlich die abschreckende Wirkung.

Erfreulicher Rückgang

Besonders erfreulich ist der Rückgang der Ausländerkriminalität im vergangenen Jahr. Die Abnahme der Zahl ausländischer Tatverdächtiger ist nach Ansicht von Innenminister Kanther eine Folge des erheblichen Rückgangs der Zahl tatverdächtiger Asylbewerber und damit des geänderten Asylrechts.

Der Asylverfahrensbericht macht deutlich, daß sich die Neuregelung des Asylrechts bewährt hat und wesentlich zur Bewahrung des inneren Friedens beiträgt.

FÜNF JAHRE

Eine ausführliche Darstellung des bisher Erreichten mit vielen Grafiken hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zum 5. Jahrestag der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion herausgegeben. – Die Broschüre kann kostenlos in der

Welckerstraße 11, 53113 Bonn
bezogen werden.

Neuregelung des Asylrechts hat sich bewährt

Das Kabinett hat am 21. Juni den Beitritt der Bundesregierung zu den beim BVerfG anhängigen asylrechtlichen Verfassungsbeschwerdeverfahren beschlossen. Zugleich hat Bundesinnenminister Manfred Kanther den Asylfahrungsbericht für das Jahr 1994 vorgelegt. Dazu erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rupert Scholz:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt den formellen Beitritt der Bundesregierung zu den beim BVerfG anhängigen Verfassungsbeschwerdeverfahren zum neuen Asylrecht. Bei den anstehenden Entscheidungen des BVerfG über die Asylrechtsreform handelt es sich um Entscheidungen von erheblicher verfassungspolitischer und allgemeinpolitischer Tragweite.

Mit der Neufassung des Asylartikels soll erreicht werden, daß

- die wirklich politisch Verfolgten schnell anerkannt werden,
- die nicht politisch Verfolgten keinen Anreiz erhalten, zur Asylantragstellung in die Bundesrepublik zu kommen,
- und die Asylbewerber, die sich zu Unrecht auf Asyl berufen, rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Auch nach der Änderung des Grundgesetzes bleibt der Schutz vor politischer Verfolgung in Form eines Individualgrundrechtes garantiert. Er beschränkt sich aber auf die politisch Verfolgten, die unseres Schutzes wirklich bedürfen. So ist jetzt die Berufung auf das Asylrecht für Personen ausgeschlossen, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Das sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie

weitere Staaten, in denen die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention sichergestellt ist.

Ferner ist eine Beschleunigung des Asylverfahrens vorgesehen bei Ausländern, die aus sicheren Herkunftsstaaten stammen. Das sind Staaten, bei denen gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfinden.

Diese Verfassungsänderungen sowie die entsprechenden gesetzlichen Ausführungsbestimmungen beruhen auf sorgfältigen Überlegungen – gerade auch im gesamten europäischen Kontext –, die nach jahrelangem Widerstand der SPD doch noch im Rahmen des Asylkompromisses von 1992 umgesetzt werden konnten. Sie sind seinerzeit mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit beschlossen worden.

Daß der Asylkompromiß zu einer positiven Entwicklung geführt hat, belegt der Asylfahrungsbericht für das Jahr 1994. Während 1992 noch 438 191 Personen um Asyl nachsuchten, waren es 1994 nur noch, aber auch immerhin noch 127 210. Diese Entwicklung beruht im wesentlichen auf der konsequenten Anwendung der Drittstaaten-Regelung, der Regelung über die sicheren Herkunftsstaaten und der sog. Flughafenregelung. An diesen Grundpfeilern des Asylkompromisses darf nicht getüfelt werden; kein Baustein darf hier herausgehoben werden.

Die Neuregelung des Asylrechts war überfällig, um die ungesteuerte Zuwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts zu beenden.

Grundstein für den deutschen Einigungsprozeß:

Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Vor 5 Jahren ist der Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft getreten. Niemals zuvor wurde im Nachkriegsdeutschland ein Vertrag von solcher Tragweite in so kurzer Zeit ausgehandelt – für eine allmähliche Annäherung der beiden Volkswirtschaften fehlte die Zeit. Am 1. Juli 1990 wurde der Grundstein für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gelegt.

Der erfolgreiche wirtschafts- und finanzpolitische Kurs der CDU-geführten Bundesregierung macht es möglich, nach und nach die Erblasten des Sozialismus abzutragen. Die Soziale Marktwirtschaft ist auf dem besten Weg, ihre zweite große Bewährungsprobe zu bestehen. Der Umbau gelingt, auch wenn noch viele schwierige Aufgaben vor uns liegen:

- Den Menschen in den neuen Ländern geht es entscheidend besser als vor fünf Jahren. Das verfügbare Einkommen ist um rund 70 Prozent gestiegen, die Renteneinkommen haben sich mehr als verdoppelt.
- Mit einem Wirtschaftswachstum von acht bis zehn Prozent werden die neuen Bundesländer auch in diesem Jahr Europas führende Wachstumsregion sein.
- Die Wende am Arbeitsmarkt ist erreicht. Es entstehen wieder mehr neue Arbeitsplätze, als alte wegfallen.
- Der Ausbau der Infrastruktur kommt mit großen Schritten voran. 7.300 Kilometer Bundesstraßen und 850 Kilometer Autobahn-Strecken wurden bereits instand

gesetzt und ausgebaut; 3.000 Kilometer Schienen wurden saniert und 3,4 Millionen Telefonanschlüsse installiert.

- Die Treuhandanstalt, die ehemals „größte Firma der Welt“, hat in nur vier Jahren 14.500 Unternehmen und Betriebs-

Am 1. Juli 1990 trat die deutsch-deutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft. Damit wurde der Grundstein für den deutschen Vereinigungsprozeß gelegt.

teile, 25.000 Handelsgeschäfte, Gaststätten und Hotels sowie 41.000 Liegenschaften in privaten Besitz vermittelt.

Heute können wir feststellen: Der Weg in die innere Einheit wird gelingen, weil die Menschen in Ost und West die Herausforderung annehmen und meistern.

Personalien

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Wahlen für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik“ durchgeführt:

- Vorsitzender: **Walter Link**, MdB
 Obmann: **Peter Keller**, MdB

Die Christlich-Demokratische Internationale erneuert sich

Während des 11. CDI-Kongresses, der vom 7. bis 9. Juni in Brüssel stattfand, wurde ein umfassender politischer Neuanfang beschlossen.

Die 250 anwesenden Vertreter von Mitgliedsparteien aus 42 Ländern der Welt (aus Europa, Südamerika, Asien und Afrika) konnten über den zukünftigen politischen Weg der 1961 gegründeten Christlich-Demokratischen Internationalen entscheiden. Im Zeichen der Neugestaltung wurden eine neue Satzung und das erste Grundsatzprogramm der CDI verabschiedet. Des weiteren entschied die Versammlung über die zukünftige politische Strategie und wählte einen neuen Vorstand.

Der neue Vorstand der CDI

Präsident der CDI wurde der 62jährige Ricardo Arias Calderon, ehemaliger stellvertretender Regierungspräsident in Panama; zum Generalsekretär wurde der 52jährige Spanier Javier Ruperez, außenpolitischer Sprecher der Fraktion des Partido Popular im spanischen Parlament gewählt.

Arias war maßgeblich an der Absetzung General Noriegas und an der Wiedereinführung demokratischer Prinzipien in seinem Heimatland beteiligt.

„Dr. Arias und Herr Ruperez sind das ideale Team, um der Christlich-Demokratischen Internationalen in dieser Zeit weltweiter politischer Veränderungen neuen Schwung zu geben“, kommentierte Wilfried Martens, Vorsitzender der EVP und der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und Mitglied des CDI-Vorstands, die Wahl.

Stellvertretende Vorsitzende wurden: Annamaria Cervone, Italien, Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Internationalen

Frauenbewegung (CDIF); Horst Langes, Deutschland, Staatssekretär a. D. und Ehrenmitglied des Europäischen Parlaments; Raul Manglapus, Philippinen, ehemaliger Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Unter dem Leitanspruch:
„50 Jahre Fortschritt –
Herausforderungen für die
Zukunft“ fand in Brüssel
vom 7. bis 9. Juni
der 11. CDI-Kongreß statt.**

seines Landes; Claudio Huepe, Chile, stellvertretender Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles, sowie Josep Duran i Lleida, Spanien, Vorsitzender der Demokratischen Union Kataloniens (UDC).

Stellvertretende Generalsekretäre sind: Hans-Ulrich Reh, Deutschland, langjähriger Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Südamerika und gegenwärtig Mitarbeiter in der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel, sowie José Esteban Gonzalez, Nicaragua, Generalsekretär der Menschenrechtskommission der CDI.

Die neue Satzung der CDI

Für eine bessere und effizientere Zusammenarbeit zwischen der CDI und ihren Mitgliedsparteien wurde die Satzung der CDI in einigen wesentlichen Punkten geändert:

Nun sind nicht mehr die Regionalorganisationen der Mitgliedsparteien für die Beziehungen zur CDI verantwortlich, sondern direkt die nationalen Mitgliedsparteien.

Tiertransporte grundsätzlich auf höchstens acht Stunden begrenzt

Bundeslandwirtschaftsminister Borchert konnte im Agrarministerrat der Europäischen Union einen großen Erfolg erzielen. Der Tierschutz bei Transporten wird in Europa erheblich verbessert. Der Tiertransport wird grundsätzlich auf höchstens acht Stunden begrenzt.

Transporte mit einer längeren Zeitdauer dürfen nur sehr eingeschränkt und nur in besonders ausgestatteten Fahrzeugen – mit Klimaanlage, Tränkemöglichkeiten und Einstreu – erfolgen. Dabei sind genaue Zeitabstände für das Tränken und Füttern sowie ausreichende Ruhezeiten einzuhalten.

- Jungtiere müssen nach neun Stunden gefüttert und getränkt werden und eine einstündige Ruhepause haben.
 - Schweine und Pferde dürfen maximal 24 Stunden transportiert werden. Schweine müssen ständig mit Wasser versorgt sein, Pferde mindestens in Abständen von acht Stunden getränkt und gefüttert werden.
 - Alle anderen Tiere müssen nach einem Transport von 14 Stunden eine Ruhepause (eine Stunde) haben, getränkt und gefüttert werden. Danach darf der Transport für weitere 14 Stunden fortgeführt werden.
- National werden künftig strengere Vorschriften erlaubt sein. Die CDU-geführte Bundesregierung wird deshalb in Kürze für innerdeutsche Transporte eine noch striktere Acht-Stunden-Regelung erlassen. Der Transport darf danach nicht mehr fortgesetzt werden.

Der Beschluß des EU-Agrarministerrates zum Tiertransport enthält neben der zeitlichen Begrenzung noch weitere Vorbesse-

rungen. Die Transporteure benötigen in Zukunft eine tierschutzrechtliche Erlaubnis und das Personal, das mit den Tieren umgeht, muß die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten nachweisen. Die Ladedichten werden genau vorgeschrieben und die Kontrollen verbessert.

Ein weiterer Erfolg ist, daß die EU in Zukunft nur noch Exporterstattungen für lebende Tiere zahlen wird, wenn sicher ist, daß die Tiere in einem guten Zustand am Bestimmungsort angekommen sind.

Endlich Fortschritt beim Tierschutz in der EU

Zum Beschluß der Agrarminister der Europäischen Union zum Tierschutz bei Transporten erklärte der tierschutzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Meinolf Michels:

Zweifellos entspricht die jetzt gefundene Lösung nicht der von unserer Seite geforderten absoluten Begrenzung der Transportdauer auf 8 Stunden. Dennoch war die Zustimmung von Bundesminister Borchert für den jetzigen Kompromiß richtig, denn die Alternative wäre ein weiteres Hinauszögern einer Entscheidung auf unabsehbare Zeit gewesen. Die konsequente Umsetzung des jetzigen Beschlusses bedeutet ohne Frage einen Fortschritt für den Tierschutz in Europa.

Neben den Detailregelungen für den Transportablauf begrüßen wir insbesondere, daß Exporterstattungen für lebende Tiere nur gezahlt werden, wenn die Tiere in gutem Zustand am Bestimmungsort angekommen sind und dies Beauftragte der EU-Kommission vor Ort überwachen. ■

Perspektiven für ein Leben mit dem Kind

Nach äußerst intensiven Verhandlungen haben wir uns mit Vertretern der SPD- und FDP-Fraktionen über einen gemeinsamen Antrag zum Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz geeinigt. Dieser gemeinsame Änderungsantrag setzt die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Schutz des ungeborenen Lebens um. Die wichtigsten Punkte dieses Änderungsantrages sind:

Ziel und Aufgabe der Beratung gemäß § 219 Strafgesetzbuch

Die nach unserer Überzeugung wichtigste strafrechtliche Regelung, nämlich das Beratungsziel im § 219 StGB, entspricht nahezu vollständig dem CDU/CSU-Gesetzesentwurf. § 219 StGB übernimmt die Vollstreckungsanordnung des Bundesverfassungsgerichtes und stellt als Ziel und Aufgabe der Beratung den Schutz des ungeborenen Lebens eindeutig heraus. Erwartungsgemäß war dies der schwierigste Verhandlungspunkt. Die beiden anderen Fraktionen sind uns schließlich durch die Anlehnung an den Text des Bundesverfassungsgerichtes entgegengekommen.

§ 219 StGB Abs. 1 hat folgenden Wortlaut:

„Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten lassen, die Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen; sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen. Dabei muß der Frau bewußt sein, daß das Ungeborene in jedem

Stadium der Schwangerschaft auch ihr gegenüber ein eigenes Recht auf Leben hat und daß deshalb nach der Rechtsordnung ein Schwangerschaftsabbruch nur in Ausnahmesituationen in Betracht kommen kann, wenn der Frau durch das Austragen des Kindes eine Belastung erwächst, die so schwer und außergewöhnlich ist, daß sie die zumutbare Obergrenze übersteigt. Die Beratung soll durch Rat und Hilfe dazu beitragen, die in Zusammenhang mit der Schwangerschaft bestehende Konfliktslage zu bewältigen und einer Notlage abzuwehren. Das Nähere regelt das Schwangerschaftskonfliktgesetz.“

Im Schwangerschaftskonfliktgesetz folgt in weitgehender Anlehnung an unseren

Von Reinhard Göhner

Gesetzesentwurf und andere Formulierungen aus dem Verfassungsgerichtsurteil die nähere Ausgestaltung der Beratung.

Abschaffung der embryopathischen Indikation

Nach außerordentlich intensiven Gesprächen mit Fachleuten, Behindertenverbänden und den Kirchen haben wir uns unter Einbeziehung des entsprechenden Auftrages unserer Fraktion dazu entschlossen, auf eine embryopathische Indikation gänzlich zu verzichten. Wir kommen damit vor allem den Wünschen aus den Kirchen, insbesondere der Katholischen Kirche nach.

Es gibt künftig nur noch die medizinische und die kriminologische Indikation. Dabei

haben wir bei der Formulierung der medizinischen Indikation die Formulierung übernommen, wie sie seit 1976 bestand und vom Bundesverfassungsgericht akzeptiert wurde und von der CDU/CSU-Fraktion in dem Gesetzentwurf in der 12. Legislaturperiode ebenfalls übernommen war. Nach dieser medizinischen Indikation kommt es allein darauf an, ob der Abbruch nach ärztlicher Erkenntnis angezeigt ist, um eine Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden und die Gefahr nicht auf eine andere für sie zumutbare Weise abgewendet werden kann.

Zwar beruhte auch bei einer embryopathischen Indikation die Rechtfertigung auf der Erwägung, daß sich aus der zu erwartenden Behinderung des ungeborenen Kindes eine unzumutbare Belastung für die Schwangere ergeben könne. Diese Unzumutbarkeit für die Schwangere kann aber auch durch die medizinische Indikation unter den dort genannten Voraussetzungen aufgefangen werden. Deshalb geht die embryopathische Indikation in dieser medizinischen Indikation auf. Wir haben in der gemeinsamen Begründung des Änderungsantrages wörtlich formuliert:

„Damit wird klargestellt, daß eine Behinderung niemals zu einer Minderung des Lebensschutzes führen kann.“

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß damit gerade nicht die Tötung behinderter Kinder in einer Indikation oder gar im Rahmen einer erweiterten medizinischen Indikation bis zur Geburt ermöglicht und gerechtfertigt wird. Das wäre selbstverständlich für uns völlig untragbar. Vielmehr gilt, daß die Behinderung selbst überhaupt kein Grund zum Schwangerschaftsabbruch sein kann. Eine medizinische Indikation ist gerichtlich überprüfbar

und nicht an eine Frist gebunden. Das gilt für sämtliche Gesetzentwürfe aus der CDU/CSU und das früher geltende Recht ebenso wie für den jetzigen Änderungsantrag.

Aus ethischen Gründen halten wir die vereinbarte Abschaffung der embryopathischen Indikation für einen besonders wichtigen positiven Aspekt des jetzigen Kompromisses.

Familiäres Umfeld

Bei der vom Bundesverfassungsgericht geforderten zusätzlichen strafrechtlichen Regelung zur Mitverursachung eines Schwangerschaftsabbruchs durch das familiäre Umfeld haben wir uns auf folgenden Kompromiß verständigt:

● Es wird ein neuer § 170b StGB eingeführt. Danach wird im Höchstfall mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf (!) Jahren bestraft, wer einer Schwangeren zum Unterhalt verpflichtet ist und ihr diesen Unterhalt in verwerflicher Weise vorenthält und dadurch einen Schwangerschaftsabbruch bewirkt. Dieser Vorschlag stammt aus dem Diskussionsergebnis des Vermittlungsausschusses bei der Beratung am Ende der letzten Legislaturperiode. Wir haben auch an anderen Punkten an den damaligen Gesprächsstand im Vermittlungsausschuß angeknüpft.

● Das gilt auch für die zweite Regelung in diesem Zusammenhang, nämlich die Ergänzung des § 240 StGB. Danach liegt ein besonders schwerer Fall der Nötigung in der Regel vor, wenn der Täter eine Schwangere zum Schwangerschaftsabbruch nötigt. Auch in diesem Fall gilt eine Strafandrohung bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe.

Diese beiden Strafvorschriften stellen einen Kompromiß dar, bei dem wir auf weitergehende Vorschläge verzichten mußten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß SPD und FDP in ihren Gesetzentwür-

fen überhaupt keine zusätzlichen strafrechtlichen Regelungen für das familiäre Umfeld mehr aufgenommen hatten und daß jetzt zwei Vorschriften vorgesehen sind, die aufgrund ihrer hohen Strafandrohung eine entsprechende Warnfunktion haben.

Ärztliche Pflichtverletzung

Auch bei der ärztlichen Pflichtverletzung bei einem Schwangerschaftsabbruch haben wir uns an den Einigungsvorschlag aus dem Vermittlungsausschuß angelehnt. § 218 c setzt die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes nach Verhaltensanforderungen an den den Abbruch vornehmenden Arzt um, soweit sie durch Strafrecht und nicht durch Berufsrecht zu regeln sind. Bei dem Kompromiß in diesem Punkt haben wir auf unsere weitergehenden Überlegungen verzichten müssen.

Finanzierung

Ein Kompromiß, bei dem alle Seiten aufeinander zugegangen sind, stellt auch die Regelung zur Finanzierung dar. Durch die

Krankenkassen selbst werden nur die rechtmäßigen Schwangerschaftsabbrüche bezahlt. Wie im CDU/CSU-Gesetzentwurf aus der vergangenen Legislaturperiode sollen im Fall der Bedürftigkeit der Frau Leistungen auch für einen nicht rechtmäßig festgestellten Abbruch nach der Beratungsregelung übernommen werden; die entsprechenden Kosten tragen die Länder. Die Grundlage des begrenzten Anwendungsbereiches dieser Leistungsgewährung ist die soziale Bedürftigkeit der Schwangeren. Bei den entsprechenden Einkommensgrenzen haben wir uns auf einen Kompromiß geeinigt und den Betrag auf 1.700 DM (neue Bundesländer 1.500 DM) festgesetzt. SPD und FDP hatten in ihren Gesetzentwürfen 1.900 DM, wir 1.500 DM vorgesehen. Für das Verfahren der Kostenerstattung wird vorgesehen, daß dies die Länder regeln, einschließlich des haushaltstechnischen Verfahrens und der Behördenzuständigkeit. Dann können die Länder z.B. über die Landessozialämter im Rahmen des Sozialhilfrechtes die Kostenerstattung abwickeln, sind aber auf ein solches Verfahren nicht festgelegt.

EAK: „Aus der Befreiung leben“

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, war am 26. Juni im Konrad-Adenauer-Haus Gast des 27. Bonner Theologischen Gespräches des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Peter Hintze leitete den Abend, der unter dem Thema: „Aus der Befreiung leben“ stand.

Ignatz Bubis erzählte eindrücklich aus seinem Leben, er schilderte das Schicksal von Freunden und Familienangehörigen und machte deutlich, wie

unterschiedlich 1945 Befreiung erfahren werden konnte.

Positiv würdigte Bubis den Dialog mit den christlichen Kirchen. Aus seiner Sicht ist es notwendig, in dieses Gespräch künftig auch den Islam miteinzubeziehen. Abschließend sprach Ignatz Bubis von der heilenden Kraft des Erinnerens. Wer sich nicht erinnert, wird nicht frei für die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft. Sein größter Wunsch bleibt das unbefangene Miteinander von Menschen, auch von Juden und Christen in Deutschland.

Gelungene Privatisierung: Schwarze Zahlen bei der Post

Durch die Postreform II wurden die Unternehmen Postdienst, Postbank und Telekom zum 1. Januar 1995 in Aktiengesellschaften umgewandelt. Mit der Reform der Deutschen Bundespost hat die CDU-geführte Bundesregierung wegweisende Privatisierungsentscheidungen für die Sicherung des Standortes Deutschland vorbereitet und umgesetzt.

Damit die Postunternehmen im Wettbewerb um Marktsegmente mithalten können, werden enorme Investitionen notwendig, die nicht mehr vom öffentlichen Bereich allein aufgebracht werden können. Ende 1993 war die Deutsche Bundespost mit 187,86 Milliarden DM bei einem Vermögen von insgesamt 247,65 Milliarden DM verschuldet.

So konnte die Telekom beispielsweise den Infrastrukturaufbau in den neuen Bundesländern nur durch ein spürbares Absinken ihrer Eigenkapitalquote auf ca. 20 Prozent finanzieren. Diese Quote muß aber, will das Unternehmen künftig im Wettbewerb bestehen, aufgestockt werden. Die Postunternehmen müssen also börsenfähig gemacht werden, damit der enorme Kapitalbedarf gedeckt werden kann.

Die **Telekom AG** wird so schnell wie möglich private Aktionäre erhalten. Deshalb wird das Grundkapital erhöht und die Aktien spätestens 1996 an der Börse angeboten. Dieser Vorgang wird sich ständig wiederholen, so daß der Anteil des Bundes zügig sinken wird. Über die Börse wird der Telekom mehr Eigenkapital zugeführt, als sie jemals vom Bund erhalten könnte. Mittelfristige Privatisierungslösungen werden bei der **Deutschen Postbank AG**

und der **Deutschen Post AG** ab 1998 angestrebt. Die Aktienmehrheit an der Post AG kann der Bund nach fünf Jahren mit Zustimmung des Bundesrates und an der Postbank AG die Sperrminorität (25 Prozent + eine Aktie) nach vier Jahren aufgeben.

Die Postreform II stellt damit die größte Privatisierung, der Börsengang der Deutschen Telekom AG die größte Aktienemission in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dar.

Nachdem die Deutsche Bundespost durch die Postreform I bereits zum 1. Juli 1989 aus dem unmittelbaren Regierungsbereich herausgelöst und die unternehmerischen Aufgaben auf die drei öffentlichen Unternehmen Postdienst, Postbank und Telekom übertragen wurden, wird es ihnen in kurzer Zeit gelingen, die volle Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.

Die **Telekom AG** hat 1994 erstmals einen Gewinn (vor Steuern und Abführung an den Bund) in Höhe von 7,1 Milliarden DM erzielt. Das Umsatzwachstum betrug 7,2 Prozent. Die Zahl der Telefonanschlüsse erhöhte sich um 2,2 Millionen auf 39,2 Millionen. Auch für 1995 wird eine Fortsetzung des positiven Umsatzrends erwartet. Auslandsferngespräche sollen ab Frühherbst erheblich preisgünstiger werden. So sollen etwa die Kosten für Gespräche nach Nordamerika um 30 Prozent sinken.

Die Deutsche Post AG kann ebenfalls positive Zahlen vermelden: Bei einem Umsatzanstieg der gelben Post 1994 um 2,9 Prozent konnte das Unternehmen erstmals schwarze Zahlen in Höhe von 250 Millio-

nen DM für Gesamtdeutschland schreiben. Aufgrund dieser soliden wirtschaftlichen Basis erwartet die Deutsche Post AG für 1995 eine Umsatzsteigerung von 2,5 Prozent und eine weitere Ergebnisverbesserung.

Vor allem auch die Verbraucher profitieren von der modernen gelben Post: Die Brieflaufzeiten konnten im ersten Quartal 1995 im Vorjahresvergleich um vier Prozentpunkte verbessert werden. Briefe erreichen zu 85,4 Prozent am Tag nach der Einlieferung (E + 1) ihren Empfänger. Das zum 1. Juli 1995 startende neue Frachtpostkonzept mit dem modernsten Paketlogistiksystem Europas ermöglicht auch bei Paketen eine Einlieferungsquote am folgenden Tag von mehr als 80 Prozent. Bis Ende 1999 werden 83 moderne Briefzentren geschaffen, um die Zustellung noch schneller und zuverlässiger zu machen und natürlich Kosten einzusparen.

Die mittlerweile über 1.000 – hauptsächlich in Lebensmittelgeschäften eingerichtet – Postagenturen haben zu einer erheblichen Verbesserung der Öffnungszeiten gegenüber den meisten kleinen Postfilialen geführt, unter Beibehaltung der räumlichen Nähe.

Erweiterte Produktpalette

Um der Postbank im härter werdenden Wettbewerb eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen, ist eine Erweiterung der Produktpalette, wie zum Beispiel Kreditkarten, Kleinkredite oder Versicherungsdienstleistungen, unverzichtbar. Dies war der Postbank in ihrer früheren Unternehmensverfassung aus Rechtsgründen nicht möglich. Die Privatisierung hat die bisherigen Beschränkungen des Unternehmens Postbank aufgehoben.

Durch erweiterte Marktchancen im Schalterverbund mit dem Postdienst (die Postbank hat kein eigenes Zweigstellennetz, sondern ist auch in Zukunft in jedem Post-

amt und jeder Poststelle der Post AG vertreten) kann künftig ein wirtschaftlich tragfähiges flächendeckendes Schalernetz betrieben werden, da dieses besser ausgelastet wird.

Die politische Einflußnahme auf das operative Geschäft der Unternehmen wird verringert, gleichwohl bleibt die Versorgung der Bevölkerung mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen gesichert. Die notwendige Sicherung einer flächendeckenden Infrastruktur bleibt Staatsaufgabe. Die Regulierung wird von der Bundesregierung als hoheitliche Aufgabe wahrgenommen.

Gleiche Chancen

Die Regulierungsvorgaben richten sich an alle Dienstleistungsanbieter gleichermaßen: Sie garantieren potentiellen Wettbewerbern gleiche Wettbewerbschancen gegen den ehemaligen Monopolisten, damit für alle Bürger ein leistungsfähiges, modernes, flächendeckendes und vor allem auch preisgünstiges Angebot zur Verfügung gestellt wird.

In der zweiten Jahreshälfte 1995 sollen die Gesetzgebungsarbeiten für ein neues Post- sowie Telekom-Gesetz abgeschlossen sein. Danach können Lizenzen für die zukünftigen Wettbewerber der Telekom AG und der Post AG mit Wirkung zum 1. Januar 1998 erteilt werden.

Mit dem künftigen regulatorischen Rahmen für den Telekommunikationsbereich sollen die vollständige Liberalisierung der Märkte umgesetzt und die Bedingungen geschaffen werden, daß über Wettbewerb der Zugang von Wirtschaft und Verbrauchern zu Infrastruktur und den entsprechenden Dienstleistungen sichergestellt ist.

Aufgrund politischer Auflagen – wie beispielsweise flächendeckende Versorgung zu einem einheitlichen Preis – und der Alt-schulden, insbesondere steigende Pen-

EU-Gipfel in Cannes:

Positive Resultate in vielen Bereichen

Die Unterstützung, die die Staats- und Regierungschefs in Cannes der Schnellen Eingreiftruppe entsprechend dem Beschluß des UN-Sicherheitsrates ausgesprochen haben, setzt ein positives Zeichen in einer auch weiterhin äußerst schwierigen Lage im ehemaligen Jugoslawien. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering (EVP/CDU), in Brüssel.

Es sei wichtig, daß die UNPROFOR handeln und der Zivilbevölkerung Hilfe leisten könne. Hier müsse den Serben endlich mit Entschlossenheit und Festigkeit entgegengetreten werden. In diesem Zusammenhang hoffe er, so Pöttering, daß auch der Deutsche Bundestag den Kabinettsbeschluß über einen Beitrag der Bundeswehr zur Unterstützung und zum Schutz der Schnellen Eingreiftruppe befürworten werde. Außerdem sei zu hoffen, daß der neue EU-Vermittler, der frühere schwedische Regierungschef Carl Bildt, der die volle Unterstützung der EU-Regierungschefs habe, einer poli-

tischen Lösung des Konfliktes näherkommen werde.

Auch in anderen Bereichen wertete Pöttering das Ergebnis des Gipfels in Cannes positiv. Dies gelte für die Bekräftigung zur Einführung der europäischen Währung bis 1999 unter strikter Einhaltung der im Maastrichter Vertrag verankerten Stabilitätskriterien und die Fortschritte bei der Verbesserung der europäischen Verkehrswege.

Die Fortschritte, die auf dem Weg zu Errichtung der Europäischen Polizeibehörde Europol erreicht werden könnten - auch wenn die Frage nach der Rolle des Europäischen Gerichtshofs leider noch ungeklärt geblieben sei - seien wichtig für den europäischen Bürger. Hier dürfe es nicht zu weiteren Verzögerungen kommen, für die der Bürger, für den der Schutz der inneren Sicherheit ein vorrangiges Anliegen ist, kaum Verständnis aufbringen werde. Jetzt müsse darauf gedrängt werden, daß die Ratifizierung durch die nationalen Parlamente rasch erfolge, sagte Pöttering.

sionsausgaben, soll die Liberalisierung im Bereich der gelben Post schrittweise von 1998 bis Ende 2002 erfolgen. Für diese Übergangszeit von fünf Jahren soll die Post AG weiterhin allein für die Beförderung gewöhnlicher Briefsendungen bis zu einer noch festzulegenden Preis- und Gewichtsgrenze zuständig sein. Darüber hinaus soll jedoch die Zahl der zu vergebenden Lizenzen nicht beschränkt

werden. Die Regulierungsbehörde soll aber die Möglichkeit erhalten, die Lizenzen mit Auflagen zu versehen - etwa der Sicherstellung einer flächendeckenden Grundversorgung - um einen chancengleichen Wettbewerb zu erreichen.

Mit der Lizenzvergabe im Jahr 1997 kann das Postministerium aufgelöst werden. Verbleibenden Restaufgaben können auf andere Ministerien aufgeteilt werden. ■

Bernhard Vogel:

Nicht auf den Lorbeeren ausruhen, neue Herausforderungen meistern

Die CDU Thüringen gedachte am 17. Juni mit einem Landesparteitag im Weimarer Volkshaus der Gründung ihres Landesverbandes vor 50 Jahren. Der Ort war bewußt gewählt, denn in Weimar fand sowohl die Gründung des Landesverbandes (20. Juli 1945) als auch dessen Wiederbegründung (20. Januar 1990) statt.

Neben den Ansprachen von Zeitzeugen und der Ehrung von Gründungsmitgliedern war der Parteitag von verschiedenen Redebeiträgen geprägt.

Der Vorsitzende der Zukunftskommission des Landesverbandes, Klaus Zeh MdL, setzte sich mit dem schwierigen Thema „Die CDU in Thüringen 1945 bis 1995“ auseinander. Er stellte fest, daß die Geschichte der CDU während der ersten Jahre der DDR im Bewußtsein der Deutschen noch nicht hinreichend verankert sei. Man stehe erst am Anfang einer quellenorientierten Aufarbeitung der DDR-Geschichte.

Zeh machte deutlich, daß einzig und allein die SED die Macht im DDR-Staat besaß und sich dieser niemand entziehen konnte. Bis in die fünfziger Jahre hinein seien Christdemokraten, die sich nicht vereinnahmen lassen wollten, mit langer Haft oder mit dem Tode bestraft worden.

Nach Ansicht von Zeh wollten viele Mitglieder der DDR-CDU mit dem Eintritt in diese Partei das Feld nicht allein den Kommunisten überlassen. Gleichzeitig hätte die CDU zu DDR-Zeiten Ruhe und Schutz vor der nahezu allmächtigen SED geboten. Es sei deutlich zwischen Spitzenfunktionären und Basis zu differenzieren.

Wer sich allerdings von den Kommunisten und Spitzenfunktionären der eigenen Partei korrumpieren ließ und deren Argumente nachbetete, sollte politische Abstinenz üben. Der Redner forderte die uneingeschränkte Fortsetzung der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, schon um einer Legendenbildung über die DDR entgegenzuwirken, wie sie von der PDS betrieben werde.

Der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Bernhard Vogel MdL erinnerte daran, daß die CDU nach dem Krieg überall in Deutschland dezentral entstanden sei.

*Klaus Zeh forderte Fortsetzung
der Auseinandersetzung
mit der Vergangenheit, schon
um nicht der PDS dieses Feld
zu überlassen.*

den sei. Die Idee habe gleichsam in der Luft gelegen. Die Begründer der Union hätten erkannt, daß auch ihre politische Zersplitterung während der Weimarer Republik Schuld daran gewesen sei, daß Hitler an die Macht kommen konnte. Seine von viel Beifall begleitete Bilanz der CDU Deutschlands schloß er mit den Worten: „Wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen, sondern müssen uns den neuen Herausforderungen stellen und die Zukunft gestalten.“

Bernhard Vogel nutzte die Gelegenheit, um sein Unverständnis über den Verlauf der Verfassungsrichterwahl tags zuvor im

Arbeitskreis „Multimedia“ eingesetzt

Die Politik der CDU/CSU-Fraktion muß konsequent darauf ausgerichtet sein, schnellstmöglich alle rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die neuen Informations- und Kommunikationstechniken zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu nutzen.

Die mit allem Nachdruck vorangetriebene Öffnung eines breiten Wettbewerbs im Telekommunikationsmarkt ist eine wesentliche Voraussetzung, um zukünftig eine führende Position im europäischen Vergleich einzunehmen. Die neuen Techniken werden Wirtschaft und Gesellschaft in starkem Maße verändern.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat jetzt einen Arbeitskreis „Multimedia“ eingesetzt. Er soll voraussichtlich noch im Herbst diesen Jahres ein Eckpunktepapier mit zentralen politischen Aussagen zu Fragen der Informationsgesellschaft bzw. zu Chancen und Risiken multimedialer Anwendungen vorlegen. Vorsitzender des Arbeitskreises wird **Elmar Müller** MdB und

seine Vertreterin Frau **Elke Wülfing** MdB sein.

Beschlossen wurde die Einrichtung von drei Arbeitsbereichen, nämlich

- Forschung, Technik, Anwendungen
- Rechtliche Rahmenbedingungen
- Gesellschaft und Kultur,

zu deren Sprecher Dr. **Martin Mayer** MdB, **Hans-Otto Wilhelm** MdB und Frau Dr. **Maria Böhmer** MdB gewählt wurden.

Schon in der ersten Sitzung zeichnete sich ab, daß die klare rechtliche Abgrenzung der Begriffe Rundfunk und Telekommunikation von grundlegender Bedeutung sein wird. Die Mitglieder des Arbeitskreises waren sich einig, daß eine drohende Zersplitterung des Zukunftsmarktes durch vielfältige Länderkompetenzen nur verhindert werden kann, wenn der Bund im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz einheitliche Rahmenbedingungen für die Informationsgesellschaft entwickelt.

Thüringer Landtag kund zu tun. Ein Kandidat der PDS hatte mehr Stimmen erhalten, als dessen Fraktion Abgeordnete hat. Daß Personalvorschläge der SED-Nachfolgeorganisation wieder Zustimmung erhielten, sei nicht nachvollziehbar, erklärte Bernhard Vogel.

Als abschließender Redner sprach Wolfgang Schäuble über „Die CDU auf dem Weg ins 21. Jahrhundert“. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion machte deutlich, daß der Aufbau Ost weiterhin Vorrang behalten wird. Man werde dabei allen Versuchungen des Populismus widerstehen. Als zentrale Aufgabe bezeich-

nete es Schäuble, Arbeit für alle zu schaffen. Das allerdings werde auch bei noch soviel Wachstum nicht ohne weiteres gelingen.

Deshalb brauche man neue Formen der Arbeit und Arbeitsplätze, Differenzierung von Arbeitszeiten, Arbeitsformen und Bezahlung. Mehr Differenzierung heiße auch, daß „mehr haben muß, wer mehr arbeitet“, sagte Schäuble. Das fange mit der Reform der Sozialhilfe an, wo durch flexiblere An- und Verrechnungssysteme erreicht werden müsse, daß auch geringer bezahlte Arbeit besser ist als dauernde Arbeitslosigkeit. ■

Gegen gebührenfinanzierten Kinderkanal

Zu dem Beschluß des ZDF-Fernseh Rates, zusammen mit der ARD einen Spartenkanal für Kinder einzurichten, erklärte der Medienbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Otto Wilhelm:

Die Ministerpräsidenten der Länder sind aufgefordert, die Absicht von ARD und ZDF, einen Spartenkanal für Kinder einzurichten, aus folgenden Gründen zu verhindern:

- Spartenprogramme sind grundsätzlich nicht der Grundversorgung zuzurechnen. Die Ministerpräsidenten würden insoweit einer Rechtsverletzung Vorschub leisten und das Öffentlich-Rechtliche System grundsätzlich für Spartenkanäle öffnen.
- Diese Absicht ist aus finanzpolitischer Sicht nicht nachvollziehbar. Es gibt keinen überzeugenden Vorschlag zur Finanzierung des dafür notwendigen Finanzvolumens von 135 Millionen DM. Vor dem Hintergrund der behaupteten finanziellen Engpässe wäre eine solche Finanzverpflichtung verantwortungslos.

Ein zusätzlicher Kinderkanal – würde er denn zustande kommen – wird dazu führen, daß entsprechende Sendungen für

Kinder, die bereits bei ARD und ZDF einen immer geringeren Anteil haben, endgültig daraus verdrängt werden.

Die ARD will ab Oktober diesen Jahres auch das letzte Jugendmagazin „Moskito“ aus ihrem Programm streichen. Dies zeigt, daß es weniger um das Wohl von Kindern geht, sondern daß dieser Programmorschlag taktisch vor allem das Ziel hat, mit einem „sympathischen Programmangebot“ grundsätzlich in das Spartenfernsehen einsteigen zu wollen. Im übrigen ist das vorgestellte Arbeitspapier inhaltlich nicht durchdacht. Nur zwischen 16 und 19 Uhr sollen Neuproduktionen gesendet werden; am frühen Nachmittag werden lediglich Musikvideos und vor 20 Uhr Game-Shows und übernommene Spielfilme ausgestrahlt.

Mit der Herausnahme von Kindersendungen aus dem Hauptprogramm von ARD und ZDF wird die Annäherung an Programminhalte der privaten Anbieter weiterbetrieben. Der Aspekt der Quote hat endgültig die Zielsetzung Qualität verdrängt. Wie mit einem solchen Weg der Anspruch eines besonderen Fernsehprogramm aufrechterhalten werden soll, ist eines der großen Geheimnisse von ARD und ZDF.

POLITIK GEGEN DROGEN. Um Kinder stark zu machen, zu stark für Drogen, und Drogen keine Macht einzuräumen, hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung kostenlos eine Broschüre herausgegeben, die über Perspektiven der Rauschgiftpolitik informiert und Maßnahmen beschreibt, mit denen die Rauschgiftkriminalität bekämpft wird.

*Zur Erinnerung
als Geschenk
als Danksagung*



Vorderseite

Rückseite



Die Medaille zum Jubiläum

Silbermedaille

Ø 40 cm, ca. 26 g, Feinsilber,
patiniert und handgeschliffen im Etui

Einzelpreis **80,00 DM**

zuzüglich Porto und Verpackung
einschließlich Mehrwertsteuer

Bronzemedaille

Ø 50 cm, patiniert im Etui

Einzelpreis **23,80 DM**

zuzüglich Porto und Verpackung
einschließlich Mehrwertsteuer

Sie können für Ihre Bestellung die Rückseite als Fax-Vordruck verwenden

FAX-BESTELLUNG

FAX-Nummer 02 28/53 07-118

...oder
per Post

Bonner Werbe GmbH
Frau Christel Bläser
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Telefon
02 28/
53 07-113

___ **Silbermedaille(n)**

zum Stückpreis von 80,00 DM

+ Porto und Verpackung, einschließlich MwSt.

___ **Bronzemedaille(n)**

zum Stückpreis von 23,80 DM

+ Porto und Verpackung, einschließlich MwSt.



Die Lieferung erfolgt gegen Rechnung an folgende Anschrift: (Nicht an Postfach)

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Vor 50 Jahren wurde in der deutschen Hauptstadt die Christlich Demokratische Union gegründet. Aus diesem Anlaß bietet der bpi-Verlag (ein Wirtschaftsunternehmen der Berliner CDU) eine historische Metallplakette an. Das Motiv des postkartengroßen Schildes (Format 10,1 x 14,4 cm) ist ein Wahlplakat aus dem Jahr 1946. Es ist ein wertvolles Erinnerungsdokument für alle, die der Partei schon lange verbunden sind, und eignet sich hervorragend als Präsent für Jubiläen, Geburtstage und andere besondere Anlässe.

Mindestbestellmenge:
10 Stück

Preisstaffel:
10 Stück: 9,- DM/Stück
20 Stück: 8,- DM/Stück
50 Stück: 6,90 DM/Stück
(alle Preise inkl. MwSt.)

Bezug: bpi-Verlag,
Jörg Pietsch,
Steifensandstraße 8
14057 Berlin
Tel. (0 30) 32 69 04 47

1945-1995 50 Jahre CDU

Mit uns bau wieder auf!

Eiserner Wille und das nötige Gottvertrauen haben es immer noch am sichersten und besten geschafft

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

Anmeldungen nehmen die nächsten Ortsgruppen und Landesverbände entgegen. Ebenso die Reichsgeschäftsstelle Berlin, W 9, Jägerstraße 19/20.

50 Jahre CDU Köln

Am 17. Juni 1945 kamen in Köln achtzehn Männer und Frauen aus der ehemaligen Zentrumsparlei und den christlichen Gewerkschaften zusammen, um über die Gründung einer neuen, überkonfessionellen Partei zu diskutieren. Köln wurde so, gemeinsam mit Berlin, zur Gründungsstätte der Union.

Am 17. Juni 1995 feierte die Kölner CDU ihr fünfzigjähriges Bestehen. Der Vorsitzende Heribert Blens konnte zu einer Diskussionsrunde über die Zukunft

der CDU Bundesminister Norbert Blüm und den Fraktionsvorsitzenden der CDU im Hessischen Landtag, Roland Koch, begrüßen. Ein Film über die Geschichte der Kölner CDU stimmte die über 600 Anwesenden auf die Feier ein. Zur Veranstaltung wurde auch eine Festschrift vorgelegt.

Festschrift und Film (VHS-Cassette) sind zum Preis von 8 DM bzw. 25 DM (inkl. Porto) zu beziehen bei: CDU Köln, Holzmarkt 59-65, 50676 Köln. Lieferung erfolgt nur gegen beigefügten Verrechnungsscheck.

Unsere

Sommer-

plakate

in

Versmold

- **Auf in den Familien-Sommer (DIN A1)**,
Bestell-Nr.: **8929**, Verpackungseinheit: 50 Expl.,
Preis je 50 Expl.: 19,50 DM.
- **Schöne Ferien (DIN A1)**, Bestell-Nr.: **8175**,
Verpackungseinheit: 50 Expl., Preis je 50 Expl.: 25,- DM.
- **Sommer mit der CDU (DIN A1)**,
Bestell-Nr.: **8269**, Verpackungseinheit: 50 Expl.,
Preis je 50 Expl.: 38,- DM.

LEBEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Wir sind an Ihrer Seite

Informationen für
Deutsche aus Osteuropa



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Um Deutsche aus Osteuropa bei ihrem Neuanfang in der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen, hat die CDU ein Faltpapier herausgegeben, das die wichtigsten Fragen, die Aussiedler haben, eingehend beantwortet.

**Ganz wichtig:
Ansprechpartner werden
genannt und einige nützliche
Adressen.**

Generalsekretär Peter Hintze ermuntert dazu, Abgeordnete der CDU/CSU und die Aussiedlerbeauftragten in den Ländern ohne Scheu auch anzusprechen.

Bestell-Nr.: **2837**
Verpackungseinheit: 50 Expl.,
Preis je 50 Expl.: 16,- DM.

AUF IN DEN FAMILIEN SOMMER

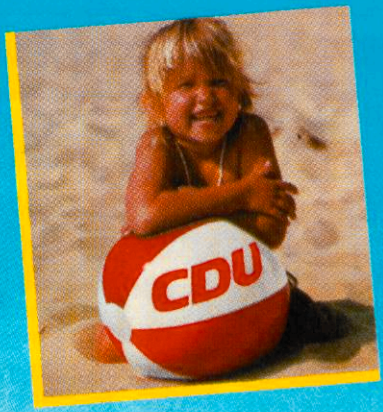
Politik und Spaß
für Jung und Alt!
Das Buch zum Fest



CDU



SCHÖNE FERIEN



Nützen Sie für die Ankündigung und zur Dekoration Ihrer Sommer-Aktionen vor allem auch das Rahmen-plakat „50 Jahre CDU“ (DIN A1)

Bestell-Nr.: **8064**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 30,- DM

zzgl. MwSt.

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Bündnis 90 / Die Grünen

Eine Partei wird entzaubert

Materialien zur Auseinandersetzung
mit den Bündnisgrünen

Ganz neu in Vermold: Eine Partei wird entzaubert. Materialien zur Auseinandersetzung mit den Bündnisgrünen. Bestell-Nr.: 4092, Mindestabnahme: 25 Exemplare. Preis je 25 Explare: 25,- DM.

UiD

21/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 54 40, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung:  Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.